

Herr Dr. Volker Kölb
Herr Dieter Kräske
Frau Dorothe Küster
Herr Klaus Peter Möller
Herr Michael Oswald
Herr Axel Pfeffer
Herr Thiemo Roth
Frau Julia-Christina Sator
Herr Martin Schlicksupp
Herr Dieter Scholz
Frau Christine Wagener

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Gerhard Greilich
Frau Lea Ruth Greilich
Herr Klaus-Dieter Grothe
Herr Martin Klußmann
Frau Maren Kolkhorst
Herr Dr. Markus Labasch
Frau Ch. Schwarzer-Geraedts
Frau Dr. Bettina Speiser
Frau Ewa Wenig
Herr Alexander Wright

(ab 18:15 Uhr)

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Heiner Geißler
Herr Hans Heller
Frau Elke Victor

(bis 19:28 Uhr)

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich
Herr Dr. Martin Preiß

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Beltz

Stadtverordnete der Fraktion Die Piraten:

Herr Christian Jackelen
Herr Christian Oechler

(ab 20:45 Uhr)

Stadtverordnete der Fraktion Linkes Bündnis / Bürgerliste Gießen:

Herr Michael Janitzki
Frau Elke Koch-Michel

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin	
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin	
Frau Astrid Eibelshäuser	Stadträtin	
Frau Karin Bouffier-Pfeffer	Stadträtin	
Herr Prof. Dr. H. Brinkmann	Stadtrat	
Frau Monika Graulich	Stadträtin	(ab 18:44 Uhr)
Herr Joachim Grußdorf	Stadtrat	
Frau Susanne Koltermann	Stadträtin	
Frau Edith Nürnberger	Stadträtin	
Herr Wolfgang Sahmland	Stadtrat	
Herr Burkhard Schirmer	Stadtrat	
Herr Uwe Schmidt	Stadtrat	
Herr Johannes Zippel	Stadtrat	

Von der Verwaltung:

Frau Julia Thon	Dezernat I
Herr Ralf Pausch	Dezernat II
Herr Heiko Seul	Stellv. Leiter des Rechtsamtes
Herr Dirk During	Leiter der Kämmerei
Herr Horst-Friedhelm Skib	Stabsstelle Stadtentwicklung

Vom Ausländerbeirat:

Frau Sarah Stefanos	Vorsitzende
Herr Nabi Ibraimtzik	

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Büroleiter, Schriftführer	
Frau Andrea Allamode	Stellv. Schriftführerin	(bis 20:00 Uhr)

Entschuldigt:

Frau Nina Heidt-Sommer	SPD-Fraktion
Frau Christiane Janetzky-Klein	Fraktion B'90/Die Grünen
Frau Susanne Lehne	Fraktion B'90/Die Grünen
Herr Jonas Ahlgrimm	Die Linke.Fraktion

Stadtverordnetenvorsteher Fritz eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er bittet die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben, um dem verstorbenen Stadtältesten Karl-Heinz Jung zu gedenken.

Sodann stellt **Stadtverordnetenvorsteher Fritz** fest, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Stv. Koch-Michel, Fraktion LB/BLG, beantragt, einen Dringlichkeitsantrag zum „Erhalt der 30 km/h-Zone im Stadtteil Kleinlinden und Rödgen“ als Tagesordnungspunkt aufzunehmen.

Auch **Stv. Geißler**, SPD-Fraktion, beantragt, einen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum gleichen Sachverhalt als Tagesordnungspunkt aufzunehmen.

Stadtverordnetenvorsteher Fritz lässt über die Anträge abstimmen: Die Dringlichkeit der Anträge wird einstimmig beschlossen.

Stv. Grothe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beantragt, einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Aktuelle Vorgänge innerhalb des Universitätsklinikums Gießen-Marburg (UKGM)“ als Tagesordnungspunkt aufzunehmen.

Vorsteher lässt über den Antrag abstimmen: Die Dringlichkeit des Antrages wird einstimmig beschlossen. Er schlägt vor, die drei Dringlichkeitsanträge zu Beginn von Teil C zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Stv. Beltz, Die Linke-Fraktion, erklärt, seine Fraktion stelle die Anträge unter TOP 35 (*Keine berufsorientierenden Maßnahmen in der Trägerschaft missionarischer Vereine*) und 37 (*Anbringung von Schildern gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus an öffentlichen Gebäuden*) in der Beratung zurück.

Nachdem keine weiteren Wünsche zur Änderung der Tagesordnung vorgetragen werden, stellt **Stadtverordnetenvorsteher Fritz** fest, dass die Tagesordnung in der geänderten Form beschlossen ist.

Tagesordnung (Öffentliche Sitzung):

1. Fragestunde

1.1. Anfrage gem. § 30 GO des Stv. Janitzki vom ANF/0785/2012
21.03.2012 - Ausgaben Landesgartenschau 2014 -

Teil A (Vorlagen des Magistrats, die Aussprache ist möglich):

2. Nachwahl eines Mitglieds für den Aufsichtsrat der Landes- STV/0740/2012
gartenschau Gießen 2014 GmbH, das von der
Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt
Gießen gewählt wird
- Antrag des Magistrats vom 01.03.2012 -

3. Nachwahl eines Mitglieds für den Beirat der Gießen Marketing GmbH, das von der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen gewählt wird
- Antrag des Magistrats vom 01.03.2012 - STV/0741/2012
4. Satzung zur Einrichtung des innerstädtischen Innovationsbereichs Theaterpark nach INGE
- Antrag des Magistrats vom 05.03.2012 - STV/0720/2012
5. 13. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich "Bänninger-Gelände";
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 20.02.2012 - STV/0710/2012
- 5.1. Bebauungsplan Nr. GI 04/27 "Bänninger-Gelände"
hier: Entwurfsbeschluss und Durchführung der Offenlegung
- Antrag des Magistrats vom 27.02.2012 - STV/0722/2012
6. Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes mit ZOB, Kurzzeitparkplätzen, ebenerdiger Fahrradabstellanlage und Sanierung der Bahnhofstraße bis KP Liebigstraße.
Zustimmung zur kostenreduzierten Planung
- Antrag des Magistrats vom 27.02.2012 - STV/0714/2012
7. 14. Änderung des Flächennutzungsplanes der Universitätsstadt Gießen;
hier: Aufstellungsbeschluss für den Bereich "Grüninger Pfad"
- Antrag des Magistrats vom 22.02.2012 - STV/0719/2012
8. Vorhabenbezogener Bebauungsplan GI 03/04 "Bergkaserne I";
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrates vom 28.02.2012 - STV/0723/2012
9. Bebauungsplan Nr. GI 01/35 "Tiefenweg";
hier: Einleitung eines Bebauungsplanaufstellungsverfahrens
- Antrag des Magistrats vom 28.02.2012 - STV/0724/2012

Teil B (Anträge der Fraktionen, die ohne Aussprache behandelt werden):

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 10. | Plakatierung in Wahlkampfzeiten
- Antrag der FW-Fraktion vom 24.05.2011 - | STV/0164/2011 |
| 11. | Berichts Antrag zur Haushaltsfinanzierung der Stadt
Gießen nach Einführung von Basel III
- Antrag der FW-Fraktion vom 24.02.2012 - | STV/0725/2012 |
| 12. | Berichts Antrag zum gemeinsamen Unterricht
- Antrag der CDU-Fraktion vom 29.02.2012 - | STV/0742/2012 |
| 13. | Berichts Antrag zum jetzigen Stand der Internetversorgung
an Gießener Schulen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.02.2012 - | STV/0743/2012 |
| 14. | Berichts Antrag zum Thema öffentliche Bekanntmachungen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 29.02.2012 - | STV/0744/2012 |
| 15. | Berichts Antrag zum jetzigen Stand der Schülerverpflegung
an Gießener Schulen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.02.2012 - | STV/0745/2012 |
| 16. | Berichts Antrag betreffend Entwicklungsmaßnahme
„Schandfleck Samen Hahn“
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.02.2012 - | STV/0746/2012 |
| 17. | Berichts Antrag Prioritätenliste Schulsanierung
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 05.03.2012 - | STV/0752/2012 |
| 18. | Prüfantrag zur Verkehrsraumgestaltung Wißmarer Weg -
Bootshausstraße - Sudetenlandstraße
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 05.03.2012 - | STV/0755/2012 |

Teil C (Anträge der Fraktionen, die mit Aussprache behandelt werden):

- | | | |
|-----|---|---------------|
| 19. | Erhalt der 30 km/h Zone im Stadtteil Kleinlinden und
Rödgen
- Dringlichkeitsantrag der Fraktion Linkes
Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 25.03.2012 - | STV/0792/2012 |
|-----|---|---------------|

- 19.1. Aufhebung der Geschwindigkeitsbegrenzungen in Rödgen und Kleinlinden STV/0802/2012
- Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 26.03.2012 -
20. Aktuelle Vorgänge innerhalb des Universitätsklinikum Gießen-Marburg (UKGM) STV/0803/2012
- Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 26.03.2012 -
21. Akteneinsichtsausschuss "Übernahme der Wasserversorgung";
hier: Bericht des Berichterstatters
22. Öffnungszeiten des Botanischen Gartens, Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 20.10.2011, STV/0444/2011;
hier: Aussprache zum vorliegenden Bericht des Magistrats vom 08.02.2012
23. Bericht zu den "freiwilligen" Leistungen, Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 24.10.2011, STV/0452/2012;
hier: Aussprache zum vorliegenden Bericht des Magistrats vom 24.02.2012
24. Erhöhung von Abgaben und Gebühren STV/0460/2011
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 24.10.2011 -
25. Radweg Philosophenstraße STV/0465/2011
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 24.10.2011 -
26. Prüfung des Baus eines Radweges durch die Wieseckau STV/0748/2012
- Antrag der FDP-Fraktion vom 03.03.2012 -
27. Anfrage gem. § 28 GO des Stv. Janitzki vom ANF/0502/2011
02.11.2011 - Angefallene Kosten für die Landesgartenschau -
28. Ringallee STV/0576/2011
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 21.11.2011 -
29. Reinigungsdienst STV/0577/2011
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 21.11.2011 -

30. Bebauungsplan "Wieseckau";
hier: Aufnahme von zwei Fußgängerbrücken in den
Aufstellungsbeschluss
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 21.11.2011- STV/0579/2011
31. Berichts Antrag zur Nutzung von Räumlichkeiten der Stadt
Gießen
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 21.11.2011 - STV/0581/2011
32. Anfrage gem. § 28 GO des Stv. Janitzki vom
10.01.2012 - Kalkulation der Abwassergebühren - ANF/0640/2012
33. Berichts Antrag zum Fäll- und Pflanzkonzept und zum
Schwanenteich
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 31.01.2012 - STV/0686/2012
34. Berichts Antrag zum Verbot einer Unterschriftensammlung
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 31.01.2012 - STV/0688/2012
35. Berichts Antrag zur Video-Überwachung am Rathaus
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 31.01.2012 - STV/0689/2012
36. Fäll- und Pflanzkonzept
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 31.01.2012 - STV/0690/2012
37. Keine berufsorientierenden Maßnahmen in der
Trägerschaft missionarischer Vereine
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 05.03.2012 - STV/0753/2012
38. Berichts Antrag zu fehlenden Antworten des Magistrats
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 06.03.2012 - STV/0754/2012
39. Anbringung von Schildern gegen Rechtsextremismus,
Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus an öffentlichen
Gebäuden
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 06.03.2012 - STV/0756/2012

Teil A (Vorlagen des Magistrats, die Aussprache ist möglich):

- 2. Nachwahl eines Mitglieds für den Aufsichtsrat der Landesgartenschau Gießen 2014 GmbH, das von der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen gewählt wird** **STV/0740/2012**
- Antrag des Magistrats vom 01.03.2012 -
-

Ergänzter Antrag:

„Als Mitglied in den Aufsichtsrat der Landesgartenschau Gießen 2014 GmbH wird gewählt:

Herr Stadtverordneter Dr. Markus Labasch.“

Beratungsergebnis:

Ohne Aussprache mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, PIR; Nein: Linke, LB/BLG; StE: FDP).

- 3. Nachwahl eines Mitglieds für den Beirat der Gießen Marketing GmbH, das von der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen gewählt wird** **STV/0741/2012**
- Antrag des Magistrats vom 01.03.2012 -
-

Ergänzter Antrag:

„Als Mitglied in den Beirat der Gießen Marketing GmbH wird gewählt:

Frau Stadtverordnete Ewa Wenig.“

Beratungsergebnis:

Ohne Aussprache einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, PIR, LB/BLG; StE: Linke, FDP).

- 4. Satzung zur Einrichtung des innerstädtischen Innovationsbereichs Theaterpark nach INGE** **STV/0720/2012**
- Antrag des Magistrats vom 05.03.2012 -
-

Antrag:

„1. Der als Anlage 1 beigefügte Bericht über das Aufstellungsverfahren zur Satzung wird zur Kenntnis genommen.

2. Der als Anlage 2 beigefügte Entwurf der Satzung zur Stärkung der Innovation im Theaterpark wird als Satzung beschlossen.“

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz begründet die Vorlage.

Beratungsergebnis:

Einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, PIR, FDP; StE: Linke, LB/BLG).

5. **13. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich "Bänninger-Gelände";** **STV/0710/2012**
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 20.02.2012 -
-

Antrag:

- „1. Der Entwurf der 13. Änderung des Flächennutzungsplanes ‚Bänninger-Gelände‘ wird beschlossen.
2. Auf der Grundlage dieses Beschlusses sind die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 durchzuführen.“

Die Tagesordnungspunkte 5 und 5.1 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

An der kurzen Aussprache beteiligen sich Stv. Möller und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis:

Einstimmig beschlossen (Ja: SPD, GR, FW, FDP, LB/BLG; StE: CDU, LINKE, PIR).

- 5.1. **Bebauungsplan Nr. GI 04/27 "Bänninger-Gelände";** **STV/0722/2012**
hier: Entwurfsbeschluss und Durchführung der
Offenlegung
- Antrag des Magistrats vom 27.02.2012 -
-

Antrag:

- „1. Der Bebauungsplan GI 04/27 ‚Bänninger-Gelände‘ sowie die eigenständigen in den Bebauungsplanentwurf integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen (§ 81 Hessische Bauordnung) werden als Entwurf beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.
2. Auf der Grundlage dieses Beschlusses sind die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.“

Beratungsergebnis:

Einstimmig beschlossen (Ja: SPD, GR, FW, FDP, LB/BLG; StE: CDU, LINKE, PIR).

6. **Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes mit ZOB, Kurzzeitparkplätzen, ebenerdiger Fahrradabstellanlage und Sanierung der Bahnhofstraße bis KP Liebigstraße. Zustimmung zur kostenreduzierten Planung - Antrag des Magistrats vom 27.02.2012 -** STV/0714/2012

Antrag:

„Der vorgelegten kostenreduzierten Planung zur Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes mit ZOB, Kurzzeitparkplätzen, ebenerdiger Fahrradabstellanlage und Sanierung der Bahnhofstraße bis KP Liebigstraße wird zugestimmt. Gemäß der Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2011 wurden für die noch zu tätigen Ausgaben 6,0 Mio. € in die Haushaltsansätze 2012 – 2014 eingestellt.“

Stv. Dr. Speiser, Bündnis 90/Die Grünen, stellt für die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Initiativantrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, die Zielsetzung eines vollständigen ‚Dynamischen Fahrgast-Informationssystems‘ (DFI) weiter zu verfolgen. Hierzu soll der Magistrat nochmals mit dem Land Hessen Verhandlungen über die Förderung eines DFI in der ursprünglichen Planungsvariante (drei große Anzeigetafeln und für Sehbehinderte geeignete Info-Displays mit Sprachausgabe in jeder Buswartehalle) aufnehmen.

Sollte das Land doch noch zu einer Förderung bereit sein, wird einer Überschreitung des veranschlagten Kostenrahmens in Höhe der für das DFI kalkulierten Kosten von 270.000 Euro zugestimmt.

Entsprechende Finanzierungsvorschläge sind vom Magistrat ggf. zeitnah vorzulegen.

Sollte das Land an seiner ablehnenden Haltung festhalten, wird der Magistrat aufgefordert, eine zentrale Informationstafel auf dem Bahnhofsvorplatz ohne Förderung durch das Land Hessen zu planen und zu bauen.“

Stv. Koch-Michel, Fraktion LB/BLG, stellt folgenden Änderungsantrag:

„Die Vorlage 0714/2012 wird in der vorgelegten Planung um folgende Punkte ergänzt bzw. geändert:

1. In unmittelbarer Nähe des Eingangs Bahnhofsgebäude werden Kurzzeitparkplätze zum Be- und Entladen, sowie Parkplätze für Menschen mit Behinderungen geschaffen.
2. In Absprache mit den Denkmalschutzbehörden wird ein Sanierungskonzept für die historische Treppen- und Rampenanlage, sowie ein Finanzierungskonzept der Stadtverordnetenversammlung bis spätestens 3. Quartal diesen Jahres, vorgelegt.
3. Die Beleuchtung der Vorfläche am Bahnhofsvorplatz wird den historischen Gebäuden angepasst.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Dr. Speiser, Koch-Michel, Küster, H. Geißler, Beltz, Dr. Preiß und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Die CDU-Fraktion **beantragt eine Sitzungsunterbrechung**, da die Fraktion zu den vorliegenden Initiativ- bzw. Änderungsantrag noch Beratungsbedarf habe.

Die Sitzung wird von 19:28 Uhr bis 19:38 Uhr unterbrochen.

Es folgen Redebeiträge der Stv. Küster, Greilich, Janitzki und Heimbach.

Beratungsergebnis:

- Ziffer 1 des Änderungsantrages der Fraktion LB/BLG wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, CDU, GR, FW, FDP; Ja: LINKE, LB/BLG; StE: PIR).
- Ziffer 2 des Änderungsantrages der Fraktion LB/BLG wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW; Ja: CDU, LINKE, LB/BLG, FDP; StE: PIR).
- Ziffer 3 des Änderungsantrages der Fraktion LB/BLG wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, CDU, GR; Ja: LB/BLG, FDP, 1 FW; StE: LINKE, PIR, 1 FW).
- Absatz 1 des Initiativantrages der Fraktionen SPD und B'90/GR wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, GR, FW, LINKE, PIR, LB/BLG; Nein: CDU, FDP).
- Absatz 2 des Initiativantrages der Fraktionen SPD und B'90/GR wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, GR, LINKE, PIR; Nein: CDU, FW, LB, FDP; StE: BLG).

Die Magistratsvorlage STV/0714/2012 wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, GR, LINKE, PIR; Nein: CDU, FDP, 1 FW, BLG; StE: LB, 1 FW).

7. **14. Änderung des Flächennutzungsplanes der Universitätstadt Gießen; STV/0719/2012**
hier: Aufstellungsbeschluss für den Bereich "Grüninger Pfad"
- Antrag des Magistrats vom 22.02.2012 -

Antrag:

- „1. Die Aufstellung der 14. Änderung des Flächennutzungsplanes ‚Grüninger Pfad‘ wird für den in der Anlage dargestellten Geltungsbereich beschlossen.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekannt zu machen.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

8. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan GI 03/04**

STV/0723/2012

"Bergkaserne I";

hier: Abwägung und Satzungsbeschluss

- Antrag des Magistrates vom 28.02.2012 -

Antrag:

- „1. Die Anregungen eines Verkehrsverbandes und zweier Träger öffentlicher Belange aus den durchgeführten Offenlage- und Beteiligungsverfahren gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch/BauGB wurden gemäß §§ 1 Abs. 5, 6 und 7 sowie 1a BauGB geprüft. Das in der Anlage 1 dargestellte Prüfergebnis wird beschlossen.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan GI 03/04 ‚Bergkaserne I‘ (Anlage 2) wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht (Anlage 3) wird beschlossen.
3. Die eigenständigen, gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen nach § 81 Hessische Bauordnung/HBO (Teil B der textlichen Festsetzungen) und die wasserrechtliche Satzung nach § 37 Abs. 4 Satz 2 Hessisches Wassergesetz/HWG (Teil C) werden als Satzung beschlossen.
4. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich informiert, dass sich der Vorhabenträger zu folgenden Maßnahmen verpflichtet habe:

- Durchführungsverantwortung für die Neubauvorhaben im Plangebiet bis November 2012 (Markt) bzw. Frühjahr 2013 (Wohnanlage) auf eigene Rechnung
- Übernahme aller Planungs-, Verfahrens- und Gutachten-Kosten für den Bebauungsplan,
- Ausführung aller erforderlichen Erschließungsmaßnahmen,
- Umsetzung naturschutzrechtlicher und Artenschutz-Auflagen sowie weiterer Kompensationsmaßnahmen, die sich aus der bis Mai 2012 dauernden Artenerfassung ergeben könnten,
- Erhaltung der Esskastanie und Anlage einer Kastanienreihe entlang der Grünberger Straße und
- Ausführung einer Fußwegeverbindung von der Grünberger Straße zur Fröbelstraße zur Verbesserung der Erreichbarkeit des Marktes.

Beratungsergebnis:

Ohne Aussprache einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, LINKE, FDP, PIR; StE: LB/BLG).

9. **Bebauungsplan Nr. GI 01/35 "Tiefenweg";** **STV/0724/2012**
hier: Einleitung eines Bebauungsplanaufstellungsverfahrens
- Antrag des Magistrats vom 28.02.2012 -
-

Antrag:

- „1. Für den in der Anlage dargestellten räumlichen Plangeltungsbereich wird gemäß § 2 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanaufstellungsverfahrens eingeleitet.
2. Der Bebauungsplan ist gemäß § 13a Abs. 1 Nr. 1 BauGB im beschleunigten Verfahren aufzustellen.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekannt zu machen.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

Teil B (Anträge der Fraktionen, die ohne Aussprache behandelt werden):

10. **Plakatierung in Wahlkampfzeiten** **STV/0164/2011**
- Antrag der FW-Fraktion vom 24.05.2011 -
-

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, in Abstimmung mit den politischen Parteien und Wählergruppen, die städtische Plakatsatzung so zu überarbeiten, dass einerseits die Information der Wählerinnen und Wähler zur Wahlwerbung für die jeweils anstehende Wahl gewährleistet ist, andererseits durch eine städtische Regelung der übermäßigen Plakatierung in der Stadt Gießen Einhalt geboten wird.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

11. **Berichtsantrag zur Haushaltsfinanzierung der Stadt** **STV/0725/2012**
Gießen nach Einführung von Basel III
- Antrag der FW-Fraktion vom 24.02.2012 -
-

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung

einen ausführlichen Bericht über nachstehende Fragen zu geben:

1. Wie wird sich die Einführung der Basel-III-Kapitalvorschriften ab dem 01.01.2013 auf die Haushaltsfinanzierung der Stadt Gießen auswirken?
2. Wie bereitet sich die Stadt Gießen auf die verändernden regulatorischen Rahmenbedingungen durch Basel III vor?
3. Welche alternativen Finanzierungsmöglichkeiten werden durch den Magistrat erwogen?
4. Gibt es bereits Verhandlungen / Gespräche mit Banken und Sparkassen über langfristige Kredite ab 2013 aufgrund der dann härteren Eigenkapitalregeln?
5. Hat die Stadt Gießen Geschäfte mit Derivaten abgeschlossen, unabhängig von Kreditgeschäften? Welche Auswirkungen hat ggf. ein generelles Verbot des Einsatzes von Derivaten im kommunalen Zins- und Schuldenmanagement ab 2013?
6. Haben Kreditinstitute der Stadt Gießen in der jüngeren Vergangenheit bereits bestehende Kreditlinien, vor allem im Bereich der Liquiditätssicherung (Kassenkredite), begrenzt bzw. gekürzt? Wenn ja, welche und in welchem Umfang?"

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

**12. Berichts Antrag zum gemeinsamen Unterricht STV/0742/2012
- Antrag der CDU-Fraktion vom 29.02.2012 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt zu berichten, wie viele Anträge bislang der Stadt als Schulträger auf gemeinsamen Unterricht an Gießener Schulen im Rahmen der Inklusion vorliegen.“

Stv.-Vorsteher teilt mit, dass die antragstellende Fraktion **den Antrag** in der Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Kultur **wie folgt geändert habe:**

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt, über das Staatl. Schulamt zu ermitteln und anschließend zu berichten, wie viele Anträge auf inklusiven Unterricht in der allgemeinen Schule gem. § 51 Hess. Schulgesetz für die Schulen der Universitätsstadt Gießen vorliegen.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache geändert einstimmig beschlossen.

**13. Berichts Antrag zum jetzigen Stand der Internetversorgung STV/0743/2012
an Gießener Schulen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.02.2012 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt, über den derzeitigen

Stand der Internetversorgung an den Gießener Schulen zu berichten und folgende Fragen zu beantworten.

1. Wie sind welche Gießener Schulen zurzeit an das Breitbandnetz angeschlossen?
2. Welche Bandbreiten sind vorhanden?
3. An welchen Schulen existieren ‚Hot Spots‘?
4. Mit welchen Providern arbeiten die jeweiligen Schulen zusammen? Wie hoch sind die laufenden Kosten?
5. (Existieren ‚Sperrern‘, die den Zugriff auf evtl. jugendgefährdende Inhalte blockieren und wenn ja, welche?)“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

14. Berichtsantrag zum Thema öffentliche Bekanntmachungen STV/0744/2012
- Antrag der CDU-Fraktion vom 29.02.2012 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt, zu berichten, ob die Art der öffentlichen Bekanntmachungen an heutige Gegebenheiten angepasst werden kann. Hierbei sind folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Gegenstände müssen öffentlich bekannt gemacht werden?
2. Welche Kosten entstehen zurzeit jährlich für die öffentlichen Bekanntmachungen in den Gießener Tageszeitungen (aufgeschlüsselt nach Gegenstand der Bekanntmachungen)?
3. Ist geplant für bestimmte Gegenstände demnächst gemäß der Neufassung der HGO nur noch das Internet zu nutzen, um Kosteneinsparungen zu erzielen?“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

15. Berichtsantrag zum jetzigen Stand der Schülerverpflegung STV/0745/2012
an Gießener Schulen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.02.2012 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt, über den derzeitigen Stand der Schülerverpflegung an Gießener Schulen zu berichten und folgende Fragen zu beantworten.

1. An welchen Gießener Schulen wird derzeit ein warmes Mittagessen ausgegeben?
2. Wer liefert an welche Schule diese Verpflegung?
3. Zu welchen Preisen wird die Verpflegung geliefert?
4. Nach welchem Modus geschieht die Bestellung durch die Schülerinnen und Schüler, d. h. muss zwingend vorbestellt werden oder entscheiden sich die Schülerinnen und Schüler spontan?

so zu gestalten, dass sowohl die beidseitigen Fußwege als auch Fahrradschutzstreifen in ihren Abmessungen den aktuellen Richtlinien (ERA, RAST), besonders der Radfahrschutzstreifen, entsprechen.

3. Ob es die Möglichkeit gibt, in dem unter 1. beschriebenen Straßenabschnitt eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h einzurichten und das Überfahren der Fahrbahnmitte zu untersagen.
4. Ob es praktikabel ist, die Herstellung der Beleuchtung an der geplanten Fußgängerquerung so zu gestalten, dass eine spätere Errichtung eines Zebrastreifens ermöglicht wird.
5. Inwiefern es möglich ist, die dem Auftaktplatz gegenüberliegenden städtischen Grundstücke (126.9) als Schulgarten für Kinder bzw. Schülerinnen und Schüler der benachbarten Kindergärten bzw. Schulen zu gestalten.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

Die Sitzung wird von 20:00 Uhr bis 20:30 Uhr für eine Pause unterbrochen.

Teil C (Anträge der Fraktionen, die mit Aussprache behandelt werden):

- 19. Erhalt der 30 km/h Zone im Stadtteil Kleinlinden und Rödgen** **STV/0792/2012**
- Dringlichkeitsantrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 25.03.2012 -
-

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen fordert den Magistrat auf, der Anordnung des Regierungspräsidiums, auf Anhebung der 30 km/h-Zone im Stadtteil Kleinlinden und Rödgen zu widersprechen.

Weiterhin wird der Magistrat gebeten, eine Stellungnahme des zuständigen Ministeriums in Wiesbaden einzuholen und daraufhin zu weisen, dass bis zu einer endgültigen rechtlichen oder sachlichen Klärung die Anordnung ausgesetzt wird.

Der Magistrat wird zur endgültigen Klärung gebeten, einen Ortstermin mit den Fachbehörden, den Ortsbeiräten und der Bürgerschaft zeitnah abzuhalten.“

Die Tagesordnungspunkte 19. und 19.1 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Koch-Michel, D. Geißler, Dr. Greilich, Möller, Victor, Bürgermeisterin Weigel-Greilich und Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

19.1. Aufhebung der Geschwindigkeitsbegrenzungen in Rödgen und Kleinlinden **STV/0802/2012**
- Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 26.03.2012 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, gegen die Weisung des Regierungspräsidiums Widerspruch einzulegen und gleichzeitig nochmals in Gespräche mit dem Regierungspräsidenten einzutreten, um diesen in der Angelegenheit Aufhebung der 30 km/h Begrenzung in der Ortsdurchfahrt Rödgen und in der Wetzlarer Straße in Kleinlinden dazu zu bewegen, seinen Ermessensspielraum im Interesse der Sicherheit der Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer in den Stadtteilen auszuschöpfen und die Geschwindigkeitsbegrenzung weiter aufrechtzuerhalten.“

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

20. Aktuelle Vorgänge innerhalb des Universitätsklinikum Gießen-Marburg (UKGM) **STV/0803/2012**
- Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 26.03.2012 -

Antrag:

- „1. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen beobachtet mit großer Besorgnis die Vorgänge innerhalb der Universitätsklinikum Gießen-Marburg GmbH (UKGM). Sie teilt die tiefe Sorge der Beschäftigten, des Betriebsrates, der Leitung des Fachbereichs Humanmedizin und des Präsidiums der Justus-Liebig-Universität Gießen darüber, dass durch die innerhalb des Rhön-Konzerns ausgetragenen Machtkämpfe um die strategische Ausrichtung der Konzernpolitik der Zukunftsfähigkeit des Klinikums als eines Hauses der Maximalversorgung, als eines herausragenden Zentrums für medizinische Forschung und Lehre und als bedeutsamen Wirtschaftsfaktors der Region nachhaltig Schaden zugefügt werden könnte.
2. Die Stadtverordnetenversammlung warnt vor einer Konzernstrategie, die sich offensichtlich ausschließlich an kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Zielen orientiert und deren Ziel es ist, ohne Rücksicht auf die Folgen für Patienten, Beschäftigte, Forschung und Lehre kurzfristig Gewinne zu erwirtschaften.
3. Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an die Leitung der Rhön AG und UKGM GmbH, zu der Politik der vertrauensvollen Kooperation mit allen Beteiligten - insbesondere dem Betriebsrat, dem Fachbereich Humanmedizin und der Universität - zurückzukehren und die Weiterentwicklung der UKGM GmbH im Konsens und mit Blick auf die langfristigen und umfassenden Sicherung des

Klinikumsstandorts voranzutreiben.

4. Die Stadtverordnetenversammlung sieht keinen Spielraum für einen massiven Abbau von Arbeitsplätzen ohne drastische Einbußen bei der Qualität der Patientenversorgung in Behandlung und Pflege und bei der Qualität der wissenschaftlichen Forschung, Lehre und Ausbildung. Sie erklärt sich insofern solidarisch mit dem Widerstand der Beschäftigten des Klinikums und der Gremien des Fachbereichs und der Universität.
5. Die Stadtverordnetenversammlung erinnert daran, dass die Rhön AG bei der Übernahme des Universitätsklinikums vertragliche Verpflichtungen zur Garantie des Standorts und der Beschäftigten eingegangen ist, die einzuhalten sind. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet von der Landesregierung, dass sie mit allen zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Mitteln auf die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen und auf die Sicherung einer optimalen Krankenversorgung, guter Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre sowie eines Maximums an Beschäftigung durch die UKGM GmbH und die Rhön AG hinwirkt.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Merz, Heller, Grothe, Beltz, Dr. Preiß und Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz.

Die **FW-Fraktion** stellt folgenden **Ergänzungsantrag**:

„Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, die Haltung der Stadt Gießen zu dem beabsichtigten Personalabbau beim Uni-Klinikum Gießen/Marburg entsprechend der Resolution der Stadtverordnetenversammlung unmissverständlich den zuständigen Stellen bekannt zu machen.“

Die Fraktionen SPD und Bündnis90/Die Grünen übernehmen die Ergänzung.

Beratungsergebnis: Ergänzt einstimmig beschlossen.

21. **Akteneinsichtsausschuss "Übernahme der Wasserversorgung"; hier: Bericht des Berichterstatters**

Stv. Scholz (Ausschussvorsitzender) berichtet, der Ausschuss habe auftragsgemäß die Akten eingesehen und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass das vom Magistrat durchgeführte Verfahren zur Übernahme der Wasserversorgung von Seiten der Stadt ordnungsgemäß durchgeführt wurde. Es haben sich keine Hinweise auf Unregelmäßigkeiten oder Berechnungsfehler ergeben haben. Er verweist auf den vorliegenden schriftlichen Bericht des Berichterstatters (Stv. Persch) und im Übrigen wurde diesem Bericht von allen Ausschussmitgliedern zugestimmt.

Stv. Persch, SPD-Fraktion, bestätigt die Ausführungen des Vorsitzenden des

Akteneinsichtsausschusses und gibt eine kurze Zusammenfassung des Berichtes wieder. Der Bericht in der geänderten Fassung vom 19.03.2012 (Sitzung des Akteneinsichtsausschusses) ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Janitzki, Grothe, G. Greilich und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Abschließend stellt **Stadtverordnetenvorsteher Fritz** fest, dass der Akteneinsichtsausschuss viermal getagt und Einsicht in die Akten genommen habe. Sowohl der Bericht des Berichterstatters als auch der Bericht des Stv. Janitzki wurden gegeben, an dieser Stelle diskutiert und zur Kenntnis genommen.

**22. Öffnungszeiten des Botanischen Gartens, Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 20.10.2011, STV/0444/2011;
hier: Aussprache zum vorliegenden Bericht des Magistrats vom 08.02.2012**

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Janitzki, Wagener, G. Greilich und Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz.

Beratungsergebnis: Die Aussprache ist erfolgt.

**23. Bericht zu den "freiwilligen" Leistungen, Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 24.10.2011, STV/0452/2012;
hier: Aussprache zum vorliegenden Bericht des Magistrats vom 24.02.2012**

An der Aussprache beteiligen sich Stv. Janitzki und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Während der Aussprache beantragt **Stv. Merz**, SPD-Fraktion, den Ältestenrat einzuberufen. **Die Sitzung wird von 10:40 Uhr bis 10:50 Uhr unterbrochen.**

Stadtverordnetenvorsteher Fritz erklärt, dass der Ältestenrat übereingekommen sei, dass in dieser Sitzung weitere Nachfragen zum vorliegenden Themenkomplex nicht mehr zugelassen werden. Weitere Fragen sind in einem neuen Antrag an den Magistrat zu stellen.

Beratungsergebnis: Die Aussprache ist erfolgt.

24. Erhöhung von Abgaben und Gebühren **STV/0460/2011**
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 24.10.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, in welchen weiteren Bereichen die Absicht besteht Abgaben und Gebühren zu erhöhen. Die Antwort sollte bis zur Stadtverordnetenversammlung am 17.11.2011 erfolgen.“

Stv. Koch-Michel, Fraktion LB/BLG, merkt an, dass sie den 2. Satz des Antrages zurückziehe, da sich dieser erledigt habe.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, CDU, GR, FDP, Linke; Ja: FW, PIR, LB/BLG).

Die Tagesordnungspunkte 24 und 25 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

25. Radweg Philosophenstraße **STV/0465/2011**
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 24.10.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, zu welchem Zeitpunkt der Fuß- und Radweg in der Philosophenstraße geplant und umgesetzt wird. Weiterhin wird gebeten, zu berichten:

1. Wann wurden Fördermittel beantragt und gibt es dazu schon eine Antwort?
2. Liegen bereits Gutachten betr. der Brücke und Planungen zum Verlauf des Fuß- und Radfahrweg fest?
3. Mit welcher Investitionssumme wird für die Umsetzung gerechnet und aus welcher Haushaltsstelle werden die Mittel bereitgestellt?

Die Antragstellerin, **Stv. Koch-Michel**, ändert ihren Antrag (STV/0465/2011) **wie folgt:**

- „1. Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, einen Fuß- und Radweg in der Philosophenstraße zu installieren. Alternativ soll eine Fahrradstraße mit dem Zusatzschild ‚Kfz frei‘ umgesetzt werden.
2. Eine Kosten-Nutzen Abwägung zwischen beiden Varianten ist vor der Realisierung darzustellen.

Weiterhin wird gebeten zu berichten:

1. Wann wurden Fördermittel beantragt und gibt es dazu schon eine Antwort?
2. Liegen bereits Gutachten betr. der Brücke und Planungen zum Verlauf des Fuß- und Radfahrweg fest?
3. Mit welcher Investitionssumme wird für die Umsetzung gerechnet und aus welcher Haushaltsstelle werden die Mittel bereitgestellt?

Stv. Grothe beantragt, die Vorlage STV/0465/2011 wie folgt zu ergänzen:

„Als neuer Punkt 3. wird eingefügt:

3. Des Weiteren wird der Magistrat gebeten zu prüfen, wie schon vor einer endgültigen Realisierung einer der o. g. Alternativen die Verkehrssicherheit für Radfahrer und Fußgänger verbessert werden kann.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Dr. Preiß, Grothe, Oswald, Koch-Michel, Becker und G. Greilich.

Es wird um getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte gebeten.

Beratungsergebnis:

- Punkt 1 der Vorlage STV/0465/2011 wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, Linke, BLG; Nein: FW, FDP; StE: PIR, LB).
- Punkt 2 der Vorlage STV/0465/2011 wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, Linke, BLG; Nein: FW, FDP; StE: PIR, LB).
- Punkt 3 (Ergänzungsantrag) wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, Linke, FDP, BLG; Nein: FW; StE: PIR, LB).
- Der Antragsteil zum Berichten wird einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, FDP, Linke, BLG; StE: LB).
- Der Gesamtantrag wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, FW, Linke, BLG; Nein: FDP; StE: PIR, LB).

**26. Prüfung des Baus eines Radweges durch die Wieseckau STV/0748/2012
- Antrag der FDP-Fraktion vom 03.03.2012 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt den Bau eines Radweges durch die Wieseckau zu prüfen. Der Radweg soll nicht neben der Philosophenstraße erfolgen. Vorgeschlagen wird eine Strecke von der Wieseckbrücke auf dem vorhandenen Feldweg direkt zum Gebiet Ursulum.“

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, CDU, GR, FW, Linke; Ja: FDP; StE: PIR, LB/BLG).

27. Anfrage gem. § 28 GO des Stv. Janitzki vom 02.11.2011 ANF/0502/2011
- Angefallene Kosten für die Landesgartenschau -

Stv. Janitzki nimmt Stellung zur vorliegenden Aufstellung Investitionen. Er merkt an, dass es ihm um die „Durchführungskosten“ gegangen sei, diese fehlen und er bittet, dass diese nachgereicht werden.

Die nachfolgende Antwort der Bürgermeisterin Weigel-Greilich wird auf Antrag des Stv. Janitzki wörtlich protokolliert.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich: *„Das ist nicht aufgenommen, das war die Aussprache zum Bericht, das muss einen neuen Antrag geben. Ich möchte aber erläuternd hier sagen, dass ich es aufgegeben habe, sozusagen die Erläuterung zu geben, was wir ausgegeben haben für Landesgartenschau - in Anführungszeichen - und dem was wir geplant haben, sondern dass wir uns jetzt darauf zurückziehen, ich glaube, das ist die einzige Möglichkeit, welche ... (nicht verständlich) vorgenommen worden sind, weil das die unbeschränkten Zahlen sind. Und die andere Denkweise, was wir schon geplant haben und was da sozusagen schon in Auftrag gegeben worden ist, diese Art, so kann man leider hier nicht mehr umgehen, das ist nämlich die vernünftige Art und Weise, wenn man gerne wissen möchte, als Parlamentarier, was denn schon gemacht wurde. Diese Möglichkeit besteht hier nicht, weil, jedenfalls nicht auf die Anfragen des Kollegen Janitzki und deswegen wird es jetzt immer hier diese Antworten geben - fortlaufend, das kann man jeden Monat neu machen. Und das sind dann die Zahlen, da wird auch nix vertuscht, das ist genau das, was ausgegeben worden ist. Und alle weiteren Fragen, das ist, glaube ich, jetzt zur Verständigung gewesen, werden hier auch nicht mehr zu Protokoll genommen und erläutert, sondern müssen neu als Antrag gestellt werden.“*

28. Ringallee STV/0576/2011
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 21.11.2011 -

Antrag:

„Die bisherige Planung für die Fahrbahn- und Gehwegsanierung der Ringallee wird nicht weiterverfolgt.

Der Magistrat wird aufgefordert darzustellen, welche Mindest-Maßnahmen für eine Sanierung der Ringallee erforderlich sind.

Es sollen keine beidseitigen Radfahrwege neu geschaffen werden.“

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, CDU, GR, FW, PIR, FDP; Ja: LB/BLG; StE: Linke).

29. Reinigungsdienst **STV/0577/2011**
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 21.11.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, den eingeschlagenen Weg, die Reinigung von städtischen Gebäuden immer mehr auf private Firmen zu übertragen, zu beenden und den Anteil der Eigenreinigung deutlich und schrittweise zu vergrößern.“

Stv. Dr. Weinrich stellt für die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden **Änderungsantrag:**

- „1. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der mehrheitlich von der Stadtverordnetenversammlung am 13.04.2004 gefasste Beschluss zur Reinigung öffentlicher Gebäude wird aufgehoben.
2. ***Der Magistrat wird aufgefordert, an dem Ziel festzuhalten, die städtischen Einrichtungen vorwiegend von Reinigungskräften der Stadt Gießen reinigen zu lassen.***“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Janitzki, Dr. Weinrich und Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz.

Beratungsergebnis:

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, GR, PIR; Nein: FW, FDP; StE: CDU, Linke, LB/BLG).

Da der Änderungsantrag ersetzend ist, wird über den Antrag der Fraktion LB/BLG nicht mehr abgestimmt.

30. Bebauungsplan "Wieseckau"; **STV/0579/2011**
hier: Aufnahme von zwei Fußgängerbrücken in den
Aufstellungsbeschluss
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 21.11.2011-

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, den Bau von zwei neuen Fußgängerbrücken, eine Stahlbetonbrücke von ca. 38 m Länge und eine Stahlbetonbrücke von ca. 48,70 m Länge, in den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans GI 01/34 ‚Wieseckau‘ aufzunehmen

Der geänderte Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Träger

öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB mit der Ergänzung durchzuführen.“

Stellv. Stv.-Vorsteher D. Geißler übernimmt den Vorsitz.

An der Aussprache beteiligen sich Stv. Koch-Michel und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW, FDP, PIR; Ja: LB/BLG; StE: CDU, Linke).

**31. Berichtsantrag zur Nutzung von Räumlichkeiten der Stadt STV/0581/2011
Gießen
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 21.11.2011 -**

Antrag:

- „1. Hat die Stadt Gießen Kosten von einem kirchlichen Träger für die Nutzung von Räumlichkeiten in der Ludwig-Uhland-Schule, der dort in städtischen Räumen Hausaufgabenhilfe angeboten hat, verlangt?
2. Wie hoch war die Summe und für welchen Zeitraum wurde diese erhoben?
3. Müssen jetzt alle Nutzer, von städtischen Räumen damit rechnen, dass Kosten erhoben werden? Falls ja welche, falls nein welche sind ausgenommen?
4. Sieht der Magistrat hier nicht ein Gleichheitsgebot für alle Nutzer von städtischen Liegenschaften, insbesondere im Zusammenhang mit der unentgeltlichen Nutzung der Osthalle von dem hiesigen Basketballverein?“

Beratungsergebnis:

Ohne Aussprache werden die Punkte 1 bis 3 einstimmig beschlossen.
Punkt 4 wird ohne Aussprache mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, GR, Linke, LB/BLG; Nein: CDU, FW, FDP; StE: PIR).

**32. Anfrage gem. § 28 GO des Stv. Janitzki vom 10.01.2012 ANF/0640/2012
- Kalkulation der Abwassergebühren -**

Wird von **Stv. Janitzki**, Fraktion LB/BLG, für erledigt erklärt.

33. Berichts Antrag zum Fäll- und Pflanzkonzept und zum Schwanenteich
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 31.01.2012 -

STV/0686/2012

Antrag:

„Der Magistrat möge berichten:

1. Sollen die ca. 25 Bäume an der nördlichen Seite des Messeplatzes vor dem Zaun zum Verkehrsübungsplatz, von den nur zwei unter den Nummern 35 und 36 in der Fällliste vermerkt sind, erhalten bleiben oder auch gefällt werden?
2. Sollen die Bäume auf dem Parkplatz vor dem Schwimmbad gefällt werden?
Wenn Ja: a) Wie viele sollen gefällt werden?
b) Warum sind diese nicht in der Liste der Fällungen aufgeführt?
3. In der Informationsveranstaltung des Magistrats am 8. 11. 11 wurden noch 252 Fällungen angekündigt und anhand des Lageplanes aufgelistet. Im Fäll- und Pflanzkonzept, das am 15. Dezember an die Stadtverordneten und die Presse ausgehändigt wurde, wird die Zahl auf 174 Baumfällungen reduziert. Aus der Abwägungstabelle ergibt sich aber, dass nur vier Bäume, die noch im November gefällt werden sollten, und zwar eine Espe (Baum 5), eine Rotbuche (16) und zwei Stieleichen (64, 117) aufgrund der Einwendungen der UNB vor der Fällung bewahrt blieben.
Welche anderen Bäume gibt es, die im Vergleich zum November nicht mehr gefällt werden sollen?
4. Wie konnte der Landschaftsarchitekt Geskes in der Informationsveranstaltung des Magistrats am 8. 11. 11 unwidersprochen behaupten, „dass es sich beim überwiegenden Teil der zu fällenden Bäume um ‚einfach schon tote‘ Exemplare handele“ (G. Allg. 10. 11. 11), während in der im Dezember vorgelegten Liste über 174 Fällungen der überwiegenden Anzahl (121) der Bäume das Prädikat ‚ohne Schäden‘ attestiert und nur bei sieben Bäumen ‚schwere Schäden‘ bescheinigt wurden?
5. Können Sie die folgenden Flächenangaben für die beiden Rodungsgebiete, und zwar das an der Ringallee gegenüber der THM mit ca. 74,5m x 16 m = 1 200 m² und das für den sog. Quellgarten mit ca. 29,5 m x 133,5 m = 3 938 m², mit einer Gesamtfläche von über 5 000 m² bestätigen oder zu welchem anderen Ergebnis kommen Sie?
Warum steht im Fäll- und Pflanzkonzept die unrichtige Zahl von 2 000 m² als Gesamtfläche für beide Gebiete?
6. Für die beiden Rodungsgebiete fehlen die Angaben über die Anzahl der Bäume, die dort stehen und durch die Rodungsarbeiten gefällt werden sollen.
Können Sie die folgenden Schätzungen über die Zahl der Bäume mit mindestens 10 cm Durchmesser bestätigen oder zu welchem Ergebnis kommen Sie?
Rodungsgebiet Ringallee gegenüber der THM ca. 45 Bäume
Rodungsgebiet für sog. Quellgarten

- a) von der Ringallee bis Eingang Kleingärten ca. 65 Bäume
b) südlich vom Eingang zu den Kleingärten ca. 40 Bäume
7. Im südlichen Teil des Gebietes für den sog. Quellgarten soll sich eine heimische Orchidee der Gattung Epipactis angesiedelt haben. Können Sie dies bestätigen?
8. Können die Pflanzen während der Landesgartenschau geschützt bleiben? Welche Ausgleichsmaßnahme ist dafür geplant, wenn sie nicht geschützt werden können?
9. Warum hat die Bürgermeisterin mitgeteilt, dass die beiden Trauerweiden am Schwanenteich im Rahmen der Teichsanierung gefällt worden seien (G. Anz. 3. 12. 11), während beide Bäume wenig später in der Fäll-Liste für die LaGa aufgeführt sind?
10. Warum behaupten das Tiefbauamt und die Dezernentin, dass für die Sanierung der Ringallee im Abschnitt Parkplatz TLS bis Waldbrunnenweg 49 Bäume gefällt werden müssten, während die Bürgerinitiative 87 Bäume nachgewiesen hat?
11. Der den Schwanenteich trennende Damm mit der Bogenbrücke muss zur Verbesserung der Wasserzirkulation und –qualität entfernt werden.
- a) Wie ist es mit der Wasserzirkulation und Steigerung der Wasserqualität, wenn der ca. 500 m lange Schotterdamm (Baustraße) in dem flachen Gewässer verbleiben soll?
- b) Wie hoch werden voraussichtlich die Kosten für die Brücke über den Schwanenteich sein?
- c) Was ist aus den abgefischten Bitterlingen geworden?“

Stv. Koch-Michel, Fraktion LB/BLG, erklärt die Punkte 3, 4 und 5 für erledigt.

Beratungsergebnis:

Die Punkte 1, 2, 6, 7 und 8 werden mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, CDU, GR, FW, FDP; Ja: LB/BLG; StE: Linke, PIR).

**34. Berichts Antrag zum Verbot einer Unterschriftensammlung STV/0688/2012
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 31.01.2012 -**

Antrag:

„Der Magistrat möge Stellung beziehen zu der Auffassung des Ordnungsamtes, dass die Stadtmarketing GmbH in der Vor-Weihnachtszeit als Veranstalterin des Weihnachtsmarktes das Recht habe, in der Fußgängerzone auch politisch motivierte Aktivitäten, die nicht mit einem Info-Stand in Zusammenhang stehen, wie das Sammeln von Unterschriften oder das Verteilen von Flugschriften mit politischen Inhalt, zu untersagen.“

Beratungsergebnis:

Wird von **Stv. Janitzki**, Fraktion LB/BLG, für erledigt erklärt.

**35. Berichts Antrag zur Video-Überwachung am Rathaus
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 31.01.2012 -**

STV/0689/2012

Antrag:

„Der Magistrat möge berichten:

1. Berichten Sie über den Stand der Inbetriebnahme der Video-Überwachung außen um das Rathaus?
2. Wie lautet die Stellungnahme des Hessischen bzw. die des städtischen Datenschutzbeauftragten?
3. Plant der Magistrat die Video-Überwachung mit allen Kameras in Betrieb zu nehmen und wann ist mit einer Inbetriebnahme zu rechnen?
4. Wie hoch waren die gesamten Kosten für die Installation der Video-Überwachung außen um das Rathaus?
Bitte geben Sie eine detaillierte Aufstellung aller Kosten, incl. der Kameras, Aufzeichnungsgeräte etc.
5. Wie hoch war der Anschaffungspreis einer Video-Kamera?“

Die Piraten-Fraktion, beantragt die Ergänzung um folgende Frage:

„6. Warum sind bislang die vorgeschriebenen Kennzeichnungen der Kameras und der Hinweis auf Videoüberwachung nicht angebracht worden?“

Stv. Janitzki, **Fraktion LB/BLG, übernimmt die Ergänzung.**

Beratungsergebnis:

Ergänzt mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, CDU, GR, Linke, FDP, PIR, LB/BLG; Nein: FW).

**36. Fäll- und Pflanzkonzept
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 31.01.2012 -**

STV/0690/2012

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert,

- das im Dezember vorgelegte Fäll- und Pflanzkonzept für die Landesgartenschau überarbeiten,
- die mit 2 000 m² deutlich zu niedrig angesetzte Gesamtfläche für Rodungsarbeiten korrigieren,
- eine vollständige Baumliste mit sämtlichen Fällungen erstellen,
- und dabei insbesondere in dem südlichen Teil des Rodungsgebietes für den sog. Quellgarten die schätzungsweise 40 Bäume einzeln erfassen zu lassen.

Das überarbeitete Fäll- und Pflanzkonzept ist erneut der Unteren Naturschutzbehörde vorzulegen.“

Beratungsergebnis:

Wird von **Stv. Janitzki**, Fraktion LB/BLG, für erledigt erklärt.

37. Keine berufsorientierenden Maßnahmen in der Trägerschaft missionarischer Vereine - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 05.03.2012 - **STV/0753/2012**

Antrag:

„Die berufsorientierenden Maßnahmen an Gießener Schulen, die von der Diakonie durchgeführt werden, sollen alsbald als möglich an einen religiös neutralen Träger übergeben werden.“

Beratungsergebnis:

Von der antragstellenden Fraktion um eine Sitzungsrunde zurückgestellt.

38. Berichtsantrag zu fehlenden Antworten des Magistrats - Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 06.03.2012 - **STV/0754/2012**

Antrag:

„Der Magistrat möge berichten:

Wann wird voraussichtlich der folgende Berichtsantrag beantwortet werden:

- 1. Zu den Kosten für den Umbau der Licher Straße (STV/268/11)**
vom 07.08.2011, beschlossen am 01.09.2011
- 2. Kletterwald mit Riesenrutsche (STV/ 270/11)**
Vom 07.08.2011, beschlossen am 01.09. 2011
- 3. Zur Bahnunterführung Dammstraße (STV/273/11)**
vom 08.08.2011, beschlossen am 01.09.2011
- 4. Zu den Ereignissen anlässlich de NPD-Aufmarsches am 16. Juli (STV/269/11)**
vom 08.08.2011, beschlossen am 06.10.2011
- 5. Zum Wasserpreis (STV/266/11)**
vom 08.08.2011, beschlossen am 06.10.2011
- 6. Zu den eingesetzten Mitteln bei der Umgestaltung Bahnhofsvorplatz (STV/578/11)**
vom 21.11.2011, beschlossen am 15.12.2011.“

Stv.-Vorsteher Fritz übernimmt wieder den Vorsitz.

Auf Nachfrage des **Stv. Möller**, bis wann mit einer Antwort zum CDU-Antrag vom 15.12.2011 - Kauf von RMV-Anteilen - gerechnet werden könne, erklärt Bürgermeisterin Weigel-Greilich wörtlich: „Kann ich direkt beantworten ist auf Eis gelegt, wird zur Zeit nicht weiter verfolgt.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Janitzki, Möller, Dr. Weinrich, Koch-Michel, Dr. Labasch und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis: **Vorsitzender** stellt fest, dass die Berichte gegeben sind.

39. Anbringung von Schildern gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus an öffentlichen Gebäuden **STV/0756/2012**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 06.03.2012 -

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, Schilder mit dem Text ‚Kein Ort für Nazis - Gießen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus‘ herstellen zu lassen, und an öffentlichen Gebäuden anzubringen.“

Beratungsergebnis:

Von der antragstellenden Fraktion um eine Sitzungsrunde zurückgestellt.

40. Berichts Antrag zum Projekt Bitterling und zum Areal um den Tennisplatz **STV/0758/2012**
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 06.03.2012 -

Antrag:

„Der Magistrat möge berichten:

1. Bitte geben sie eine genaue Beschreibung des Projektes Bitterling.
2. Welche landschaftlichen Veränderungen sind damit beabsichtigt?
3. Welche Abschnitte der Wieseck sind in welcher Art und Weise betroffen?
4. Welche Bäume müssen dafür gefällt werden?
5. Wann wird mit dem Projekt Bitterling begonnen und bis wann soll es beendet sein?
6. Bitte beschreiben Sie genau das Vorhaben, die Oberlache umzuleiten?
7. Wann soll mit dem Vorhaben, die Oberlache umzuleiten, begonnen werden?
8. Was plant die Landesgartenschau GmbH für das Areal um den Tennisplatz, das zwischen Schwanenteich und Waldbrunnenweg gelegen ist?

9. Was geschieht mit dem Wiesenareal dort, welches das Planungsbüro fälschlicherweise als ‚Extensivrasen‘ bezeichnet hat?
10. Welche Eingriffe wird es in das dort an der Wieseck befindliche Auwäldchen geben?“

An der Aussprache beteiligen sich Stv. Janitzki und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW, FDP; Ja: LB/BLG; StE: CDU, Linke, PIR).

41. Verschiedenes

Vorsitzender teilt mit, dass die nächste Stv.-Sitzung am Mittwoch, 24.05.2012, 18:00 Uhr, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) F r i t z

DIE STELV. SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e